Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreis: Die 8gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige amtliche Zeile 50 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 145 Donnerstag, den 25. Juni 1925 20. Jahrgang

Painlevés Marokkodebatte.

Frankreich wünscht den ehrenvollen Frieden.

Paris, 23. Juni. Die Kammer ist überfüllt. Die Tribüne der Presse und die Zuschauertribüne erscheinen schwarz durch die Menge der Menschen, die sich zu dieser Sitzung gedrängt haben. Um 3½ Uhr geht der Ministerpräsident Painleve auf die Tribüne. Er sagt: Ich will vor dem Parlament und vor dem Lande Erklärungen über die Lage in Marokko abgeben, die von mir erwartet werden. Es ist natürlich, daß nach den schmerzlichen Verlusten, unter denen das Land leidet, das Blut der Kinder Frankreichs nicht nutzlos fließen darf. Die Regierung hat ebenso wie jeder Bürger, ja sie hat mehr als ein jeder Bürger die Sorge, daß dieses kostbare Blut geschont werde, aber die öffentliche Meinung darf die Ereignisse, die sich in Marokko abspielen, nicht übertreiben. Als die jetzige Regierung ihr Amt übernahm, war die nördliche Grenzlinie des Uergha in weiter Ausdehnung überschritten, und Fez war bedroht. Die Verstärkungen, die die frühere Regierung schon vorbereitet hatte, mußten sofort abgeschickt werden. Andere Verstärkungen wurden notwendig. Heute kämpfen wir an den Ufern des Uergha überall auf französischem Boden. Der Weg nach Fez ist gesperrt. Nur an zwei Stellen haben wir den Fluß überschritten, und gerade die Tatsache, daß wir auf französischem Boden bleiben wollen, gibt den Leuten vom Rif die Gelegenheit, sich als Sieger zu fühlen. Die Gegner glauben, aus unserer korrekten Haltung Vorteile zu ziehen. Sie denken, daß wir, weil wir nicht vordringen wollen, genötigt seien, den Frieden zu verlangen. Hier ist die moralische Gefahr verborgen, auf welche die Regierung das Land hinweisen muß. Unsere Truppen sind jetzt mit der ganzen modernen Rüstung versorgt, die für diesen Kampf notwendig ist. Die Kommunisten erklären, daß unsere Verwundeten leiden müssen. Das ist eine Unwahrheit! Unsere Sanitätsorganisation ist voll auf der Höhe. (Beif.)

Der Vorsitzende der Heereskommission Girod: Ich kann diese Erklärung des Ministerpräsidenten bestätigen. Heute erst ist ein neuer Bericht des parlamentarischen Ausschusses aus Marokko eingetroffen, der mit der größten Anerkennung von der Fürsorge für unsere Verwundeten spricht. (Beifall.)

Painleve fährt fort: Die Kommunisten verlangen, daß wir Marokko aufgeben sollen. Wissen Sie, was diese Aufgabe unseres Gebietes bedeuten würde? Ein Blutbad, in dem alle Franzosen in Marokko und in Algier untergehen würden. Französische Frauen, französische Kinder wären die Opfer eines solchen allgemeinen und grundlosen Rückzuges. (Großer Beifall.) Ich habe kein Verständnis für eine Liebe zur Menschheit, die das eigene Volk preisgeben will. (Neuer Beifall.) Wir hätten nicht mit Abd el Krim verhandeln wollen? Was wissen die Leute, die solche Märchen erzählen, von der Wahrheit? Während die militärischen Operationen in vollem Gange waren, hat der Generalresident in Marokko durch einen offiziellen Agenten Abd el Krim wissen lassen, daß wir keine Eroberung wünschen, sondern daß wir mit unseren Nachbarn im Rifgebiet in Frieden leben wollen. Spanien weiß über diese Absicht genau Bescheid. Spanien weiß, daß Frankreich niemals daran gedacht hat, sich auch nur einen Fuß breit der spanischen Zone anzueignen. Frankreich versucht in diesem Sinne mit Spanien einig zu werden. Die Weisungen, die wir unseren Unterhändlern in Madrid gegeben haben, sind derart, daß sie in jeder Stunde veröffentlicht werden können. (Großer Beifall links.) Aber so gern wir zum Frieden bereit sind — es wäre eine große Gefahr, wenn Abd el Krim glauben könnte, daß Frankreich den Frieden wolle, weil es Furcht vor dem Feinde hat, oder weil es sich nicht mehr schlagen kann. Der seltsame Hofstaat, den Abd el Krim um sich versammelt hat, frühere deutsche Offiziere, rote oder weiße Russen, ist nicht gerade durch seine Friedensliebe ausgezeichnet. Diese alten Soldaten lieben den Kampf. Sie wollen sich schlagen. Wenn Abd el Krim dahin gebracht werden soll, daß er auf die Ratschläge dieser Männer nicht hört, dann muß ihm die Ueberzeugung beigebracht werden, daß die Fortsetzung des Kampfes ihm keine Besserung, sondern eine starke Verschlechterung seiner Position bringen wird. (Beifall.) Frankreich bedeutet für Marokko die Zivilisation, auch wenn gewisse utopistische Politiker darüber anderer Ansicht sind. (Beifall.) Ich zittere bei dem Gedanken, daß diese traurigen Utopisten das Werk Frankreichs in Marokko schädigen oder gar zerstören könnten! (Großer Beifall auf allen Bänken des Hauses bis auf der äußersten Linken.) Wenn unsere Friedensbemühungen bisher keinen Erfolg gehabt haben, dann trägt Abd el Krim die Schuld, der noch immer nicht auf seinen großen Traum verzichten will. Einer seiner Führer hat in einem Briefe angekündigt, daß der Angriff gegen Fez nicht aufzuhalten sei. Abd el Krim selbst hat erklärt, daß er den heiligen Krieg gegen alle Franzosen führen wolle und daß die Stunde nahe sei, da er als Sieger in Fez einziehen wird. Orientalischer Bluff, gewiß. Aber nennen Sie solche Aeußerungen ein Zeichen von Friedensliebe? Dennoch bleibt die französische Regierung bei ihrem Versprechen, den Frieden zu suchen, sobald er mit Ehren erreicht werden kann. Ich wünsche, daß bald die Stunde schlagen möge, in der Frankreich, Spanien und die Rifkabylen sich über den Frieden einigen und dadurch die Zivilisation im afrikanischen Nordwest befestigen können. Jede Stunde, um die Abd el Krim den Krieg verlängert, bedeutet unnützes Blutvergießen. (Beifall.)

Deutschlands Wohnungsfrage und Wohnungsmarkt in der Vorkriegszeit.*)

I.

Die Wohnungsfrage bildet seit langem in Deutschland wie in fast allen Kulturländern eines der wichtigsten Kapitel der Wirtschaftspolitik und zugleich eine der schwierigsten Fragen neuzeitlicher Sozialpolitik. Ueberall, wo sich die Industrie stark entwickelt hat — in England, Belgien, Frankreich, Deutschland, Oesterreich — wandern große Teile der ländlichen Bevölkerung — besonders aus den Bezirken, in denen der Großgrundbesitz und die großbäuerlichen Betriebe vorherrschen — vom Lande ab in die Städte und in die Industriebezirke. In Deutschland sind z. B. vor dem Kriege aus den dünn besiedelten preußischen Provinzen östlich der Elbe jährlich über 200 000 Menschen abgewandert. Dieses plötzliche Zusammenströmen großer Menschenmengen in den Städten hat dort eine Nachfrage nach Wohnungen hervorgerufen, die selbst bei einigermaßen normalen Verhältnissen vor dem Kriege vielfach nicht genügend befriedigt werden konnten. Das galt vor allem für Kleinwohnungen (bis zu höchstens vier Räumen einschließlich Küche), auf die im Durchschnitt etwa 85 v. H. der Bevölkerung, in Industriebezirken teilweise 90—95 v. H. angewiesen sind. Vor 1914 hat es bereits in vielen Städten an den notwendigen Kleinwohnungen gefehlt. Die vorhandenen Kleinwohnungen waren oft mangelhaft; teilweise waren sie in aller Eile in den Seiten- und Hinterflügeln der alten Häuser eingerichtet: alle Lagerräume, Werkstätten und dergleichen, Speicher wurden zu Wohnräumen umgewandelt, wodurch der Charakter dieser alten Häuser vollkommen verändert worden ist. Die Mietpreise zeigten steigende Tendenz und nahmen einen erheblichen Teil des Einkommens — im Durchschnitt etwa 20 v. H. — der großen Masse der Bevölkerung in Anspruch. Und die neugebauten Wohnungen entsprachen in den meisten Großstädten in der Zeit von 1870—1900 in keiner Weise den Anforderungen der Volksgesundheit. Man hatte damals an den maßgebenden Stellen noch nicht erkannt, daß die Wohnungsfrage angesichts ihrer überragenden Bedeutung für das ganze Volksleben die systematische Mitwirkung des Staates und der Gemeinden erfordere. Man hielt vielmehr an der Auffassung fest, daß das Wohnungswesen lediglich der privaten Initiative überlassen bleiben müsse. Das führte bei der Neubautätigkeit dahin, daß vor allem den Bodenbesitzern eine möglichst günstige Ausnutzung ihrer Grundstücke gesichert wurde. Fast überall wurden in den Erweiterungsbezirken der Städte fünfgeschossige Häuser zugelassen, oft mit Seiten- und Hinterflügeln, die einen Hof umschlossen. In Berlin und anderen Großstädten findet man in den Vierteln aus jener Zeit nicht selten zwei oder drei derartige Höfe hintereinander. Die Grundrisse dieser Häuser, die man mit Recht als Mietkasernen bezeichnet hat, führten mit Notwendigkeit dazu, daß ein großer Teil der nach dem Hof gelegenen Wohnungen nicht genügend Licht und Sonne erhielt, und daß die Wohnungen nicht zureichend gelüftet werden konnten. Außerdem war die Bevölkerung in diesen „Mietkasernen" vollkommen abgesperrt vom Grund und Boden; nirgends konnte ein kleiner Garten angelegt werden, nirgends war Platz, um Spielplätze für die Jugend zu schaffen. Die Schrebergärten, die in den Außenbezirken der Großstädte auf künftigem Baugelände angelegt wurden, konnten nur notdürftig Ersatz schaffen. Und dabei waren auch sie bei fortschreitender Bebauung bald zum Untergange verurteilt: an die Stelle des Schrebergartens mußte notgedrungen früher oder später die Mietkaserne treten.

Verschärft wurden alle diese Mißstände noch dadurch, daß die verhältnismäßig hohe Miete die wohnungsuchenden Familien zwang, sich mit möglichst kleinen Wohnungen zu begnügen. Von sachkundiger Seite wurden die Wohnungszustände in den deutschen Großstädten wie folgt geschildert:

In Berlin ist die Normalwohnung des Arbeiterstandes ein heizbares Zimmer mit Küche. Bei der Zählung vom 1. Dezember 1900 umfaßte diese Art 42 v. H. aller Wohnungen, nämlich 197 304 Wohnungen mit 726 723 Bewohnern; fast 34 000 Wohnungen waren ohne Küche. Fast die Hälfte der Berliner Bevölkerung (40 Prozent) hat keine eigentliche Wohnung (Stube mit Küche), sondern muß sich mit einem einzigen Raum begnügen; über sieben Zehntel hausen in Wohnungen mit zwei Räumen. Nicht mehr als einen heizbaren Raum

*) In Anbetracht des allgemeinen Interesses, das heute dem Wohnungswesen zugewandt ist, wollen wir in einigen Fortsetzungen die Hauptfragen aus Theorie und Praxis der Wohnungspolitik behandeln. Unser heutiger Beitrag ist von der „Reichszentrale für Heimatdienst" bearbeitet und dürfte eine willkommene Einführung darstellen.

Zoll- und Steuervorlage im Reichstag.

Berlin, 24. Juni. Zu der heute beginnenden ersten Lesung der Zollvorlage im Reichstag weiß der „Tag" mitzuteilen, der Plan einer gemeinsamen Erklärung der Regierungsparteien sei an dem Widerspruch der Zentrumsfraktion gescheitert. Die Zentrumsfraktion werde einen eigenen Redner vorschicken. Die Deutschnationalen würden gleich bei der ersten Lesung gesondert Stellung zu der Vorlage nehmen. Ob es gelingen wird, die gestrigen Beschlüsse des Aeltestenrates über die Erledigung der Steuervorlagen, der Aufwertungsfrage und der Zollvorlage bis zum 18. Juli zu verwirklichen, wird angesichts des zu erwartenden heftigen Widerstandes der Lingen gegen die Zollvorlage für sehr fraglich gehalten.

•

Im Reichstag ist ein Antrag der Deutschnationalen, des Zentrums der Deutschen Volkspartei, der wirtschaftlichen Vereinigung und der bayerischen Volkspartei eingegangen, die Geltungsdauer der dritten Steuernotverordnung bis zum 15. Juli zu verlängern.

Die Aufwertungsorganisationen bei Hindenburg.

Berlin, 23. Juni. Reichspräsident v. Hindenburg empfing heute in Gegenwart des Reichsjustizministers die Vertreter der in der Arbeitsgemeinschaft der Aufwertungsorganisation zusammengeschlossenen Verbände, Oberlandesgerichtspräsident a. D. Dr. Best, Amtsgerichtsrat John, Professor Dr. Großmann, Dr. Krentz (Rentnerbund), Riemer (Reichsverband der Kriegsbeschädigten) und Oberleutnant a. D. Gaebler (Verband der Kriegsbeschädigten im Kyffhäuserbund). Dr. Best trug dem Reichspräsidenten die Entwicklung der Aufwertungsfrage und die Forderungen und Wünsche der Gläubiger und Sparer hierzu vor. Professor Dr. Großmann behandelte das Aufwertungsproblem vom wirtschaftlich-wissenschaftlichen Standpunkte aus, Dr. Krentz im besonderen die Lage der Rentner und die Folgen der Rückwirkung der Aufwertung. Riemer und Oberleutnant a. D. Gaebler legten die Wünsche der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen und die wirtschaftliche Notlage dieser Kreise dar. Amtsgerichtsrat John sprach dann über die Angelegenheit der Aufwertung öffentlicher Anleihen, die Bankguthaben und die Abgeltungsmaßnahmen.

Der Reichspräsident erwiderte, daß er im Verein mit der Reichsregierung die ihm vorgetragenen Wünsche einer eingehenden Prüfung und Beratung unterziehen werde.

Regierungsumbildung in Preußen?

Im Preußischen Landtag sind die Verhandlungen wieder aufgenommen worden, die auf eine Verbreiterung der jetzigen Regierungsbasis hinzielen. Die Vertreter des Zentrums, der Demokraten, der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei haben erneut die Möglichkeit besprochen, ob an eine Wiederherstellung der Großen Koalition in nächster Zeit zu denken wäre. Die Zentrumsfraktion hat sich wiederum für den am 9. Juni d. J. gefaßten Beschluß erklärt, wonach sie eine Umbildung der preußischen Regierung für wünschenswert erachtet. Diese Kundgebung des preußischen Zentrums hat, wie aus Zentrumskreisen dazu gemeldet wird, keinerlei Spitze gegen die jetzigen preußischen Regierungsparteien; es sind deshalb auch keine konkreten Vorschläge vom Zentrum gemacht worden, in welcher Weise die Umbildung der Regierung herbeizuführen sei, sondern der Beschluß soll lediglich bezwecken, die Besprechungen in Fluß zu bringen.

Für ein „Groß-Deutschland".

Wien, 23. Juni. Vor dem Rathaus wurde eine von vielen Tausenden besuchte Messenversammlung des österreichisch-deutschen Volksbundes abgehalten, bei welcher die Redner aller Parteien für den Anschluß Oesterreichs an Deutschland eintraten. Eine entsprechende Entschließung wurde einstimmig angenommen.